



MERKEL AUCH BEIM EU-GIPFEL IN TALLINN AUSGEBUHT

Wie weiter, Deutschland?

Von INXI | Von Merkel abgesehen, haben sich viele Bürger diese Frage zu recht gestellt. Wie soll es nach dieser denkwürdigen Bundestagswahl 2017 mit unserer Heimat weitergehen, wer bestimmt die Zukunft unserer Heimat und wie wird diese fürderhin aussehen? Das politische Spektrum der Beliebigkeit in Deutschland hat sich Gott sei Dank verschoben; ein Einheitsbrei scheint nicht mehr möglich. Ursache ist einzig und allein der Einzug der AfD mit knapp 13 Prozent in den Deutschen Bundestag. Allein diese Tatsache führt die Argumentation von Frauke Petry ad absurdum. Man kann ergo durchaus gestalten, ohne sich beim Kartell anzubiedern.

Merkel & Co.

Sie sind, neben der SPD, die eindeutigen Verlierer dieser Wahl. Ohne Wenn und Aber!

Dass Merkel den Zenit überschritten hat, zeigen ihre Aussagen zum Ergebnis: Man habe nichts falsch gemacht und habe den klaren Wählerauftrag zur Regierungsbildung. Was für eine brachiale Fehleinschätzung der Lage, gespeist aus völliger Selbstüberschätzung und Arroganz. Volle 14 Prozent hat ihre Regierungskoalition verloren, Merkel spricht angesichts von 33 Prozent für die Union von einem klaren Wählerauftrag. Zieht man davon noch die 6 Prozent für Drehhofers CSU ab, bleiben

für Merkel mickrige 27 Prozent im Bund übrig – exakt das Ergebnis, das die AfD allein in Sachsen errungen hat und damit sensationell stärkste Partei wurde.

Die CDU-Granden stehen neben ihrer Chefin, klatschen und lächeln dümmlich in die Kameras. Keiner von denen hat den Mut, mit der Faust auf den Tisch zu hauen und zu sagen: Bis hierher und nicht weiter, Frau Merkel, Ihre Zeit ist vorbei! Stattdessen geht bereits das Geschacher um Posten und Pöstchen los, obwohl noch kein Gespräch zu Koalitionsverhandlungen stattfand. War damit der Wählerauftrag gemeint?

Die SPD

Mit 20 Prozent der Untergang der ehemaligen, über 100 Jahre alten Volkspartei. Die SPD versinkt in ihrem Filz, weil sie alle Ideale der Sozialdemokratie längst beerdigt hat und diese in unserer Zeit vielleicht auch obsolet sind. Da war auch die billige und proletenhafte Wahlkampfhilfe der Gewerkschaften wenig hilfreich; es ist eben nur noch peinlich, wenn die gut versorgten Genossen und Funktionäre in Maßanzügen gemeinsam die „Internationale“ intonieren.

Noch peinlicher und dümmer war es allerdings, den Raffzahn und Eurokraten Schulz als Kanzlerkandidaten zu nominieren. Den Buchhändler aus Würselen haben selbst ehemalige SPD-Stammwähler durchschaut.

Begriffen hat die SPD selbst allerdings nichts, wie die Wahl des Trampels vom Dienst, Andrea Nahles, zur Fraktionsvorsitzenden offenbart. Die Genossen sollten diese Person zur Vorsitzenden küren, dann wäre bei der nächsten Wahl die 20% ein unerreichbares Traumziel.

Die Grünen

Leider ein Gewinner der Wahl. Warum, ist relativ unklar. Diese Partei steht so gegen ziemlich alles, was unsere Heimat ausmacht. Sollten wirklich 10 Prozent der Wähler ebenso

denken? Das urgrüne Klientel dürfte dafür nicht verantwortlich sein, eher die gut situierten Gutmenschen, die in schicken Wohngebieten abseits des deutschen Alltags leben; theoretische Geister, denen das veganische Lebensgefühl und die Klimalüge mehr bedeuten, als politische Realitäten und Gegebenheiten im Hier und Jetzt.

Allerdings ist diese Partei für Deutschland hochgradig gefährlich. Sie steht für ungezügelter Invasion, für eine absurde, sogenannte Energiewende und dem Ende der bezahlbaren Mobilität der Bürger.

Die FDP

Ein Phänomen. Es ist unerklärlich, wie eine Partei mit einem nahezu unverändertem Programm, mit dem man 2013 abgewählt wurde, mit 10 Prozent gewählt wurde. Eine 2-Mann-Partei, bestehend aus Dreitagebart Lindner und dem Ignorant Kubicki. Wer wählt eine Partei, die ihr Fähnchen schon immer nach dem Wind gehangen hat, Mövenpick lässt grüßen? Im Bekanntenkreis des Autors waren es vor allem Selbständige und Unternehmer, denen die Union zu weit links und die AfD zu weit rechts stand. Also Menschen, die wenig bis gar nicht politisch interessiert sind, sondern lediglich ihr Wahlrecht wahrnahmen. Andernfalls hätte ein Blick in die Programme der Parteien genügt, um zu einer anderen Entscheidung zu kommen.

Die Linken

Ohne Kommentar, weil der Autor keinen einzigen Grund für die Existenz der SED 2.0 erkennen kann.

Die CSU

Der größte Verlierer dieser Wahl! Noch vor wenigen Jahren galt Seehofer als Hoffnung für die Konservativen unter den Wählern der Union. Ein Gegenpart zu Merkels Rechtsbrüchen, der mit dem Ende der Koalition und dem Gang vor das Bundesverfassungsgericht drohte, der eine Obergrenze für

„Flüchtlinge“ forderte. Nichts davon wurde eingehalten. Leere Worte, mehr nicht. Ein zahnloser Tiger und Blender seiner Wähler in Bayern, ein Angehöriger des Kartells! Die CSU stürzte zurecht auf 38% in Bayern ab. Folgerichtig errang die AfD mit Petr Bystron hervorragende 12 Prozent! Drehhofer dürfte bald Geschichte sein – insbesondere mit Blick auf die Landtagswahlen im nächsten Jahr. Natürlich steht Söder bereits in den Startlöchern, doch der wird sich arg zurückhalten angesichts der Jamaika-Koalitionsverhandlungen. Spätestens dort wird Seehofer sein politisches Ende finden.

Es gibt drei Möglichkeiten:

- Große Koalition
- Jamaika
- Neuwahlen.

Aus Sicht des Kartells soll Deutschland von Jamaika missbraucht werden. Es ist völlig unverständlich, wie CSU und Grüne auf einen gemeinsamen Nenner kommen können. Die beiden Parteien sind ihren Programmen nach so unvereinbar wie Feuer und Wasser; Klimapolitik, Asylkrise, Wirtschaftspolitik.

Die CDU schwebt, zerfasert und beliebig, über den Dingen. Sollte sich wirklich eine solche Koalition bilden, wäre es das Ende der Demokratie und der politischen Willensbildung der Bürger. CSU und Grüne müssten ihre Ideale derart zugunsten der Macht verleugnen, dass der Wählerwille nicht mehr erkennbar ist. Das wäre auch der Suizid der CSU in Bayern!

Eine Koalition der beiden Wahlverlierer CDU und SPD erscheint, nach einer Schamfrist mit Abgang Schulz, eher wahrscheinlich. Also ein unsägliches Bündnis aus linker SPD und handlungsunfähiger CDU.

Beides ist für unsere Heimat der Untergang – es muss Neuwahlen geben!



BZ-Chef: Hätte Merkel Verstand, wäre sie längst zurückgetreten

8,6 Prozent. So viel hat ein amtierender deutscher Bundeskanzler noch nie in einer Wahl verloren, und noch nie hat ein deutscher Bundeskanzler, dessen Partei so abgestürzt ist, das politisch überlebt. Hätte Angela Merkel (CDU) Verstand, kennte sie die ungeschriebenen Gesetze der Demokratie, glaubte sie an die Bedeutung von Wahlen: Sie hätte längst ihren Rücktritt angeboten, so wie das üblich ist, wenn man das Wort Verantwortung ernst nimmt.

Denn niemand trägt mehr Verantwortung für die Pulverisierung der CDU, einer der einst mächtigsten und solidesten bürgerlichen Parteien Europas, als Angela Merkel, eine Frau, die ihr Leben in der DDR begann, weil ihr Vater die DDR offenbar mehr geschätzt hatte als die alte Bundesrepublik und einst in den 1950er-Jahren freiwillig von Hamburg in die DDR gezogen war. Zwar dürfte dieser evangelische Pastor kein Kommunist gewesen sein, aber besonders abgestossen fühlte er sich von ihnen auch wieder nicht.

Angela Merkel, das merkt man immer wieder, und ich sage das als ein Schweizer, der in der alten Bundesrepublik gelebt und studiert hat, Angela Merkel kennt diese alte BRD nur vom

Hörensagen her, und vielleicht mag darin ein Grund liegen, dass sie die eigentliche Staatspartei dieser BRD, die Wirtschaftswunderpartei, die katholische Adenauer-Partei, so malträtiert und mit einer Mischung von Geringschätzung und Nonchalance zerstört hat.

Denn zerstört ist diese Partei, machen wir uns nichts vor. Gerade wir Schweizer, die wir die Pulverisierung der CVP und der FDP erlebt haben, wissen womöglich besser Bescheid. Eine bürgerliche Partei, zumal eine konservative, die zulässt, dass rechts von ihr eine Alternative entsteht, ist meistens dem Untergang geweiht, sofern sie sich nicht wieder deutlich nach rechts verschiebt, wozu gerade in solchen Zeiten der Krise oft die Kraft fehlt. Fast nie, soweit ich die Geschichte überblicke, gelang es Konservativen, die Konservativen zurückzugewinnen, die ihnen entlaufen waren. *(Fortsetzung in der [Basler Zeitung](#))*



Mateschitz-Portal gestartet

Von CHEVROLET | Der Aufstand der Bessermenschen war gigantisch, als sich Dietrich Mateschitz, Chef des Getränkekonzerns und Sportsponsors Red Bull (RB Leipzig, Red Bull-Racing) im Frühjahr [öffentlich negativ](#) gegen die unkontrollierte moslemische Masseneinwanderung aus Nahost und Afrika aussprach. In einem Interview mit der Grazer „Kleinen Zeitung“ äußerte der Steirer auch Kritik an den

Mainstreammedien und der Political Correctness, die auch in Österreich zur Lähmung des Landes führte.

Mateschitz' Kritik sollte es aber nicht alleine sein, er wollte auch einen Gegenpol zu der lückenhaften Information durch die Mainstreammedien setzen, kündigte er zumindest an. Ein neues Nachrichtenportal sollte im Internet entstehen, das tiefgründige wahre Informationen liefert, anders wie die politisch korrekt geglätteten Massenmedien.

Seinen Worten hat Mateschitz jetzt Taten folgen lassen. Vor ein paar Tagen ging die Webseite [Addendum](#) rechtzeitig vor der österreichischen Nationalratswahl am 15. Oktober an den Start. „Addendum, das was fehlt“, ist denn auch der Titel der Seite. Es wird das berichtet, was in den Medien fehlt.

Der Anspruch ist hoch:

Bei Addendum finden Sie die Ergebnisse von intensiven Recherche-Projekten, die dem Leitmotiv unserer Organisation folgen: Wir suchen „das, was fehlt“. Wir agieren dabei vollkommen unabhängig, unser Ziel ist, einen Beitrag zur Wiederherstellung einer gemeinsamen Faktenbasis für eine qualifizierte politische Debatte zu leisten. Dieser rekonstruktive Journalismus stellt nicht den Anspruch, die Wahrheit gefunden zu haben, wir bemühen uns aber, ihr mit den Mitteln von Recherche und Datenanalyse so nahe wie möglich zu kommen.

Die Inhalte werden von Profis erarbeitet und multimedial aufbereitet. Das Recherchekollektiv sieht sich der soliden und fundierten Analyse verpflichtet. Das Redaktionsteam ist entsprechend vielseitig aufgestellt.

Das erste Projekt heißt [„Asyl. Ein Konzept von gestern?“](#), denn dieses Thema wird auch die österreichischen Wahlen mitprägen. Daran gearbeitet haben nicht weniger als zwölf Journalisten, die

auch eine umfangreiche Videodokumentation erstellt haben.

Unübersehbar und vielleicht auch beabsichtigt ist bei „addendum“ auch die Bindung zum Mateschitz-Red Bull-Fernsehsender Servus TV. Zusätzlich gibt es einen abonnierbaren Newsletter und einen Informationsdienst über WhatsApp. Das Unternehmen hinter „addendum“ ist die [Website der Quo Vadis Veritas](#) Redaktions GmbH, die von der gleichnamigen Stiftung gegründet wurde.



So lügen die Linken: Ex-Mainstream-Journalisten packen aus

Solch ein Urteil ist bei den wenigsten Neuerscheinungen angebracht, doch für dieses neue [Standardwerk des österreichischen Wochenblicks](#) trifft es zu: Die Seiten bergen Sprengkraft! Bereits kurz vor der Bundestagswahl sorgte ein online in kleinen Auszügen veröffentlichter Artikel über die heftigsten Lügen gegen die AfD für viel Aufsehen in den sozialen Medien, wurde zigmal geteilt. In dem Artikel „[Medien pflanzen eigene ‚Schmutzkampagne‘ gegen AfD](#)“ werden die irrsten, gegen die junge Partei gerichteten Fake News analysiert.

Das erschütternde Fazit des Experten Johannes Schüller, der

seine vollständigen akribischen Recherchen in dem Magazin „Journalisten packen aus: Warum wir nicht die Wahrheit sagen dürfen“ vorstellt: Bei den links-linken Multi-Kulti-Medien wird so offensichtlich gelogen, dass sich die Balken biegen! Traurigerweise würden jedoch die wenigsten die Tricks und Kniffe der sogenannten Journalisten kennen, betont Schüller...

Wer den vollständigen Artikel dazu im Magazin, [das hier bestellt werden kann](#), liest, wird jeden Glauben an „Merkels Schreihuren“ endgültig verlieren. Die Fakten sind einfach zu schockierend. Schüller, der patriotischen und multi-kulti-kritischen Lesern bereits als Autor der „Jungen Freiheit“, der „Sezession“ und der „Blauen Narzisse“ bekannt sein dürfte, verfolgt die Entwicklung der AfD seit ihren Anfängen. Seine Recherchen haben es in sich: Die Palette der rot(z)-grünen Fake News reicht von der bekannten „Weidel-E-Mail“ bis hin zur angeblichen Propagierung von Frauenverbrennung und Organhandel.

Mainstream-Journalisten trauen sich an die Öffentlichkeit

Doch dabei bleibt es nicht: Eine ganze Reihe ehemaliger Mainstream-Journalisten packt in dem umfangreichen Magazin aus. Darunter auch die Afrika- und EU-Expertin Kornelia Kirchwegger. Sie arbeitete einst bei der führenden österreichischen Nachrichtenagentur „APA“, rührte früher für die EU die Propagandatrommel. Jetzt traut sie sich, an die Öffentlichkeit zu gehen.

Kirchwegger zeigt anhand persönlicher Beispiele ergreifend: Wer aus der linkslinken Reihe tanzt, wird vom eigenen Staat schnell mundtot gemacht. Und wen der nicht kleinkriegt, dem zerstören die Stiefeltruppen der „rotlackierten SA“ (linksextreme Antifa) die Existenz.

Verschwiegene Ausländerkriminalität

Der Medien-Profi und Unternehmer Stefan Magnet stellt die

entscheidende Frage „Global oder national?“ und erklärt, wohin uns die linken Schreiberlinge eigentlich führen wollen. Spannend und schockierend ist auch ein Artikel über „verschwiegene und vertuschte Ausländerkriminalität“ in Deutschland.

Der oberösterreichische „Wochenblick“, der bereits in der Vergangenheit durch politisch unkorrekte Berichterstattung auffiel, hat das Standardwerk „Journalisten packen aus: Warum wir nicht die Wahrheit sagen dürfen“ ([hier bestellen!](#)) mutigerweise veröffentlicht.

Es gibt auch eine kleine Youtube-Doku dazu:



N. Fest zur Panik der Altparteien und zum Fest der Demokratie

Der Wahlkampf ist vorbei. Ich hatte befürchtet, er würde eine Ochsentour. Es wurde eine Ochsentour, aber eine, [die sehr viel Spaß machte](#). Mit meinem Einzug in den Bundestag hat es nicht geklappt. Wie im Sport, gibt es auch in der Politik Niederlagen. Gehört dazu, muss man akzeptieren. Ich jedenfalls bleibe Ihnen erhalten. Denn es gibt auch außerhalb des Bundestags genügend zu tun. Für die Partei, für eine starke

Alternative. (Weiter im Video von Dr. Nicolaus Fest)



Konservatives Spanien oder anarchistisches Katalonien?

Von KEWIL | Die linken Katalanen geben keine Ruhe. In Barcelona wollen sie über das Wochenende auf Teufel komm raus über ihre Unabhängigkeit abstimmen. Und sie werden nicht aufhören, bis sie ihren Willen kriegen. Das liegt im anarchistischen Katalonien seit mindestens 100 Jahren im Blut.

Und weil sie dort drunten so ein aufmüpfiger roter und anarchistischer Haufen sind, spürt man auch aus der linksversifften deutschen Presse eindeutig Sympathie in der Berichterstattung und eine Aversion gegen die eher konservative Madrider Zentralregierung. Dabei weiß jeder, dass dieser neue Staat kein Gewinn sein wird.

Kaum hat man ein paar Brocken Spanisch gelernt, soll man nun diesen abgehackten Pyrenäen-Dialekt Català noch lernen, der bald auch nach Brüssel kommen würde. Denn dorthin, an die Geldtöpfe der EUdSSR, drängen natürlich die auf ihre Wirtschaftszahlen ach so stolzen Katalanen ebenfalls. Ihre statistischen Zahlen lügen aber. Und was noch wirtschaftlich solide ist, wie die Einnahmen aus dem Tourismus, wird die idiotische anarchistische Politik sehr bald ruinieren. Schon

jetzt demonstrieren sie in Barcelona und auf Mallorca gegen den Tourismus.

Während also eigentlich nur bewusstlose Linke für eine República Catalana stimmen können und unser Herz für Madrid schlägt, kann man sich nichtsdestotrotz auch als deutscher Konservativer über eine Abspaltung Kataloniens freuen, denn so ganz einfach wird das in der EUdSSR nicht funktionieren. Viel Streit, böses Blut, Reibereien und dazu weitere Unabhängigkeitskandidaten bis nach Südtirol werden dem Brüsseler Moloch und dem Euro zu unserer Freude schwere Probleme bereiten und ein Europa nach Macrons und Junckers billiger Denkungsart wieder stark abbremsen.



NSU: Jetzt die Geheimakten!

Im Wahlkampf haben Sozis, Grüne und Linke immer wieder darauf verwiesen: Die Gefahr von rechts droht! Gewalt, Hetze, Rassismus waren und sind nervtötende Dauerthemen. Oft auch der Hinweis: Der NSU droht wieder auf zu stehen! Überall lauern rechte Mörder, wie damals, 2000 bis 2007. Doch halt: Was war denn „damals“? Ist die Story rund um drei irre Neonazis, die Türken, Kurden, Griechen und eine Polizistin ermordet haben sollen, wirklich aufgeklärt?

Viele kritisch denkende Menschen meinen: Bis heute ist nicht geklärt, ob es den „NSU“ überhaupt gegeben hat, bis heute ist

unklar, ob es Nazis waren oder türkische Mafiosos oder Geheimdienstler... oder alle zusammen. Das Compact-Magazin hat nun eine Edition vorgelegt, die Sprengkraft birgt: „[NSU: Die Geheimakten](#)“ sammelt kritische Stimmen zum [NSU-Phantom](#) und gibt Quellen unverschlüsselt wieder – und zwar aus dem Prozess, aus Vernehmungen usw.

Jetzt kann man natürlich einwenden: Halt, ok, vielleicht stimmt manches mit der offiziellen Story nicht. Aber Nazis waren die drei angeblichen NSUler doch auf jeden Fall! Nun: Das zählt nicht. Denn jeder hat im Rechtsstaat gleiche Standards, die ihm zustehen. Das heißt also im Klartext: Die bloße Gesinnung ist nicht justiziabel. „Gedankenverbrechen“ werden nur in totalitären Staaten verfolgt, wie Orwell in seinem Schauerbuch „1984“ vorführte.

Nächster potentieller Einwand: Sind denn die Beweise gegen den NSU nicht ausreichend, Zschäpe und ihre angeblichen Helfer zu verurteilen? Hat man doch Tag ein, Tag aus in allen Gazetten lesen können. Auch hier: Nein. Der zweite NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages musste einräumen, dass an keinem einzigen (!) der 27 Tatorte mit möglichem NSU-Bezug DNA-Spuren gesichert wurden, die Mundlos, Bönnhardt oder Zschäpe nachgewiesen werden könnten.

Die dubiose Rollen des Verfassungsschützers Andreas Temme und des Kurden Veli A.

Was aber nachgewiesen werden kann: Die Anwesenheit eines Verfassungsschützers namens Andreas Temme. Er war in Kassel anwesend, als 2006 ein türkischer Ladenbesitzer ermordet wurde. Angeblich vom NSU. Temme will nichts bemerkt haben. Glaubwürdig? Mindestens genauso bizarr: Der Kurde Veli A. ist auf freiem Fuß. Aber etliche Zeugen haben genau ihn als Täter von gleich drei sog. NSU-Bluttaten angegeben!

All diese Punkte werden minutiös im Compact-Heft aufgearbeitet. Die Veröffentlichung ist brisant, sie ist

wichtig, sie ist folgeschwer. Denn die staatsoffizielle NSU-Version steht und fällt mit einigen entscheidenden Punkten. Wenn aber der so genannte „Kiesewetter-Mord“ 2007 nicht vom NSU begangen wurde, wie im Heft nachgewiesen werden soll, würde das heißen: Die Tatwaffe wurde Böhnhardt und Mundlos wie die Heilbronner Pistole untergeschoben. Wenn in Kassel nicht vom NSU gemordet wurde: Warum sollen die Nazi-Terroristen das dann in einer „Bekenner-DVD“ zugeben? Wenn die Waffe (Ceska 83) nicht dem „NSU-Trio“ gehört hat: Wer hat geschossen? Viele weitere Fragen werden ebenso gestellt und oftmals beantwortet.

Was nach der Lektüre bleibt ist nicht nur Entsetzen und Wut, sondern auch Angst. Angst vor einem Establishment, das die Taten nicht aufklären will, sondern als „Nazi-Terror“, der immer wieder droht, abgehakt hat. Angst vor den Medien, die es nicht wagen, die zum Himmel schreienden Auffälligkeiten zu prüfen, weil sie zufrieden damit sind, dass es Nazis gewesen sein soll. Wer einmal so ein Netzwerk aus Lügen konstruiert hat, um den Kampf gegen rechts anzuzuheizen, wird er es immer wieder tun, wenn es jetzt gegen die AfD und Verbündete geht.

Bestellinformation:

» COMPACT-Edition: „[NSU: Die Geheimakten](#)“ (8,80 €)



EU-Plan: Invasion als Geschäftsmodell

Von INXI | Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit und nur wenige Tage nach der Bundestagswahl, veröffentlicht die EU-Kommission weitere detaillierte Pläne zur Umvolkung Europas. Der EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos (ein Grieche, natürlich!) sagte, die Staaten der EU sollten [freiwillig 50.000 weitere Invasoren](#) aufnehmen. Besonders aus der Türkei, dem Nahen Osten und Afrika sollten Flüchtlinge direkt übernommen werden. Dafür stünden 500 Millionen (Steuer)Geld zur Verfügung.

Die Eurokraten möchten also die Invasion Europas endlich legalisieren und „Flüchtlinge“ direkt aus ihrer Heimat nach Europa holen. Als ob diese Pläne nicht schon perfide genug wären, setzt die EU-Kommission noch eins drauf: Es soll ein Pilotprojekt geben, nach dem erprobt wird, ob nicht private Unternehmen die Umsiedlung durchführen könnten. Dieses soll „privaten Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft erlauben, im Einklang mit nationaler Gesetzgebung Umsiedlungen zu organisieren und zu finanzieren“.

Der migrantisch-industrielle Komplex wird Wirklichkeit

Sollten diese ungeheuerlichen Pläne in die Tat umgesetzt werden, hätten Soros und Konsorten ihre Ziele erreicht. Europa würde mit Millionen Glücksrittern überschwemmt und es ließen sich ganz legal und offiziell traumhafte Renditen erzielen. Auf Kosten der europäischen Steuerzahler, versteht sich. Die Völker Europas werden für ihre eigene Vernichtung auch noch zur Kasse gebeten. Es wird doch niemand glauben, dass es bei den genannten 50.000 Goldstücken bleiben würde, angesichts mehrerer Millionen Wirtschaftsflüchtlingen mit Deutschland als Ziel.

Frappierend und schockierend zugleich ist die unverblümete

Offenheit, mit der diese Pläne veröffentlicht werden. Hält die EU also die Zeit endlich für gekommen, alle Masken fallenzulassen und gegen den erklärten Willen der meisten Nationalstaaten die Invasion in großem Stil anrollen zu lassen?

Was weiß Merkel?

Es ist höchst unwahrscheinlich, dass Merkel in Pläne solcher Tragweite nicht zumindest eingeweiht war. Dazu würde auch ihre Lobhudelei für die Pläne Macrons passen. Die Nationalstaaten sollen noch mehr Rechte und Souveränität an Brüssel abgeben. Dies, in Verbindung mit den Invasionsplänen der EU, würde das Ende aller europäischen Werte bedeuten und die Einheimischen endgültig zu Minderheiten in islamischen Mehrheiten machen.

Es ist allerhöchste Zeit für den Untersuchungsausschuss Merkel, damit dieser Frau und dem Kartell das Handwerk gelegt werden kann, bevor die von ihnen angerichteten Schäden wirklich irreparabel werden.

Apropos Flüchtlingskommissar: Davon bräuchten wir auch in Deutschland viele – in jedem Polizeirevier mindestens einen!



Merkel soll helfen: IS-Braut

will zurück nach Deutschland

Von L.S.GABRIEL | Im IS-Kalifat habe sie die „glücklichste Zeit ihres Lebens“ verbracht, erzählte die in Deutschland geborene 31-jährige Nadja Ramadan einem [Spiegel-Reporter](#). Nun aber ist die syrische Stadt Rakka, Hochburg und inoffizielle Hauptstadt des IS, nicht mehr im festen Griff der islamischen Schlächter, das Kalifat im Auflösungsprozess. Die Terrorbraut wurde gefangengenommen und sitzt mit zwei Kindern in einem syrischen Internierungslager fest. Das ist „unerträglich“, [jammert sie](#) und will zurück nach Deutschland.

Die deutsch-libanesisische Terroristenanhängerin wurde im bayrischen Landshut als Tochter eines Libanesen geboren. Mit sieben Jahren verschleppte der Vater, ein verurteilter Drogendealer, sie während eines Hafturlaubes in den Libanon. Als 14-Jährige wurde sie mit einem Cousin zwangsverheiratet, kam zurück nach Deutschland und erfüllte mit drei Kindern den Auftrag zum Geburtendschihad. 2014 verließ sie ihren Eigentümer und ihre drei Nachwuchsdshihadisten für Cem Kula, einen IS-Terroristen, den sie im Internet kennengelernt hatte. Offenbar reichte ihr der Geburtendschihad in Deutschland nicht und sie reiste nach Rakka in Syrien, wo sie Cem, ihren „deutsch-türkischen“ IS-Schlächter heiratete und mit ihm, während der „glücklichsten Zeit ihres Lebens“ als vollverschleierte Schariabraut weitere drei Kinder bekam, eines davon starb.

Unruhe im Schariaparadies

Dann aber lief es für den IS in Rakka nicht mehr so gut, das ungestörte Gemetzel hatte ein Ende. Nadja floh aus der Stadt, noch bevor Anfang September das Militärbündnis „Demokratische Kräfte Syriens“ mit Hilfe der USA die Altstadt von Rakka zurückeroberte. Brett H. McGurk, der US-Sonderbeauftragte für die Internationale Allianz gegen den IS [twitterte in die Welt](#):

Ein weiterer Meilenstein: Die Demokratischen Kräfte Syriens haben in den letzten 48 Stunden die Befreiung der Altstadt von Rakka (eine langjährige IS-Hochburg) beendet und Tausende Zivilisten evakuiert.

Es war vorbei mit der Glückseligkeit in Nadjas Schariaparadies, wo ihr im Traum der Psychopath Mohamed persönlich begegnet sein soll, wie sie sagte. Ihr Mann, der ursprünglich auch aus Deutschland, wo er den Salafisten in Hamburg angehörte, nach Syrien in den Dschihad gereist war, hatte bei einem Bombenangriff ein Bein verloren und versteckte sich nun, feige wie alle IS-Mörder.

IS-Braut versichert mit Terror nichts zu tun zu haben

In dieser Situation fällt der Terroraffinen, die unsere freie Gesellschaft zutiefst ablehnt ein, dass sie ja immer noch Deutsche ist und will mit ihren Kindern, die jetzt schon psychologisch auffällig und auch körperlich krank sind, zurück ins soziale Netz von Germany. In einer Videobotschaft bittet sie die Mutter aller einreisewilligen Islammörder persönlich an, ihr doch zu helfen. Sie will alle Vorteile Deutschlands nutzen, besonders medizinische Betreuung und Therapie für sich und die Kinder. Sie sei keine Terroristin beteuert die auf Taqiyya Eingeschworene.

Sicher doch, Islam ist ja Frieden und der IS nur ein Survival-Camp.

Aber sie muss auch die deutschen Behörden überzeugen, die hier nun in der Pflicht sind und deren Versagen in der Vergangenheit schon zu viele Tote bei uns gefordert hat. Jemand, der beim IS nach eigenen Aussagen seine glücklichste Zeit verbracht hat ist wohl als Sicherheitsrisiko für Deutschland einzuschätzen. Da die Allah-Dienerin aber deutsche Staatsbürgerin ist, wird sie vermutlich schon bald schwarzverhüllt durch deutsche Straße huschen und vielleicht schon bei einem der nicht mehr so fernen Weihnachtsmärkte

zeigen, was sie in den drei Jahren vom IS gelernt hat.



Niedersachsen: Wahlkampf mit Wölfen

Von LUPUS | Der Wolf macht's möglich: Niedersachsens Noch-Ministerpräsident Stephan Weil und seinen grünen Umweltminister Stefan Wenzel kann man getrost als Umfaller der Legislaturperiode bezeichnen. Denn kurz vor der Landtagswahl am 15. Oktober knickten die bisherigen Wolfsversteher bei einem brisanten Streitthema ein und wollen dem Raubtier nun doch mächtig ans Fell. Wenn der Wolf weiter springt als ein Schafzaun hoch ist, so lautet die Bedingung, ist Schluss mit lustig. Dann können komplette „[Problemrudel](#)“ [abgeschossen werden](#), signalisierte Rot-Grün in Hannover.

Wie, was? Bisher klangen doch eher Schalmeyenklänge aus dem Zentrum der Wolfsschützer, z.B. als ein niedersächsischer Problemwolf, der die niedersächsische Willkommenskultur missverstanden hatte, sich bis auf Schwanzlänge einer Frau näherte. Nach dem Motto „die wollen doch nur spielen“.

Integration misslungen?

Ist der Wolf jetzt plötzlich kein Guter mehr, kein edler Wilder aus dem Osten? Ist er nicht mehr so harmlos wie der Bett-Wolf im Märchen, der sich angeblich die Großmutter

einverleibt hatte und ein unbedarftes Mädchen namens Rotkäppchen reinlegen wollte? Hat er nicht mengenweise Schafe und Rinder von niedersächsischen Weiden gefressen, nachdem er eingewandert ist und weil es nun mal einfacher ist, von der gedeckten Tafel zu naschen, als dem flüchtigen Reh nachzujagen? Haben die Schafzüchter nicht ständig gewarnt und zum Zeichen ihres Verdrusses eine Wagenladung gerissener Schafe vor den Landtag gekippt? Ist der Wolf etwa gewaltbereit geworden, vielleicht sogar extrem und so böse wie etwa ein „AfD-Nazi“ sein muss? Ist gar die Integration der niedersächsischen Wölfe misslungen?

Vergrämen, immobilisieren, abschießen

So muss es wohl sein, wenn sogar die Grünen bei ihrem Lieblingsprojekt eine 180-Grad-Wende hinlegen. Auf der Strecke blieb dabei auch ein Markenzeichen des Wolfsmanagements der niedersächsischen Regierung: die politisch korrekte Sprache, was die zotteligen Zuwanderer betrifft. Der Umgang mit einem Problemwolf namens Kurti, der im Frühjahr 2016 Ärger machte, war noch verbal dermaßen in politisch-korrekte Watte verpackt worden, dass es schon zum Schießen war. Das Raubtier sollte zunächst durch einen schwedischen Experten mit Gummi „vergrämt“ werden. Dann sollte Kurti „immobilisiert“, auf Deutsch „betäubt“ und ins Wolfsgehege „eingebracht“ werden. Als letztes Mittel wurde erwogen, das verhaltensauffällige Tier „letal der Natur zu entnehmen“, wie es im ministeriellen Sprachjargon hieß. So kam es dann auch: Kurti bekam die Kugel. Noch kein Wolf war bis dahin so politisch korrekt unter die Erde gebracht worden.

Nunmehr scheint die noch amtierende Landesregierung ihre „politisch korrekte“ Sprache, was Wölfe betrifft, auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgt zu haben. Während noch vor kurzem „Töten“ und „Abschießen“ Tabuworte waren, hat jetzt in der niedersächsischen Staatskanzlei die Waidmannssprache wieder Konjunktur: Sprungkräftige „Problemrudel“ können „abgeschossen“ werden. Weil, Wenzel, Wolf – darauf einen

Jägermeister!